

Die Krise Sri Lankas:

Eine Identifikation ihrer Komplexität

von Jayadeva Uyangoda

Ein Kennzeichen des derzeitigen ethnischen Konflikts in Sri Lanka ist die enorme Entschlossenheit beider Konfliktparteien, einen entscheidenden Durchbruch auf militärischer Ebene zu erlangen. Die Entschlossenheit der involvierten Parteien ist derart groß, daß sich der Krieg noch für einige Jahre fortsetzen läßt. Vor diesem Hintergrund würde eine Konfliktlösung, die die Bedingungen für ein Minimum an Frieden und einen Wiederaufbau sicherstellen, die erfolgreiche Ausarbeitung der folgenden zwei Maßnahmen notwendig machen:

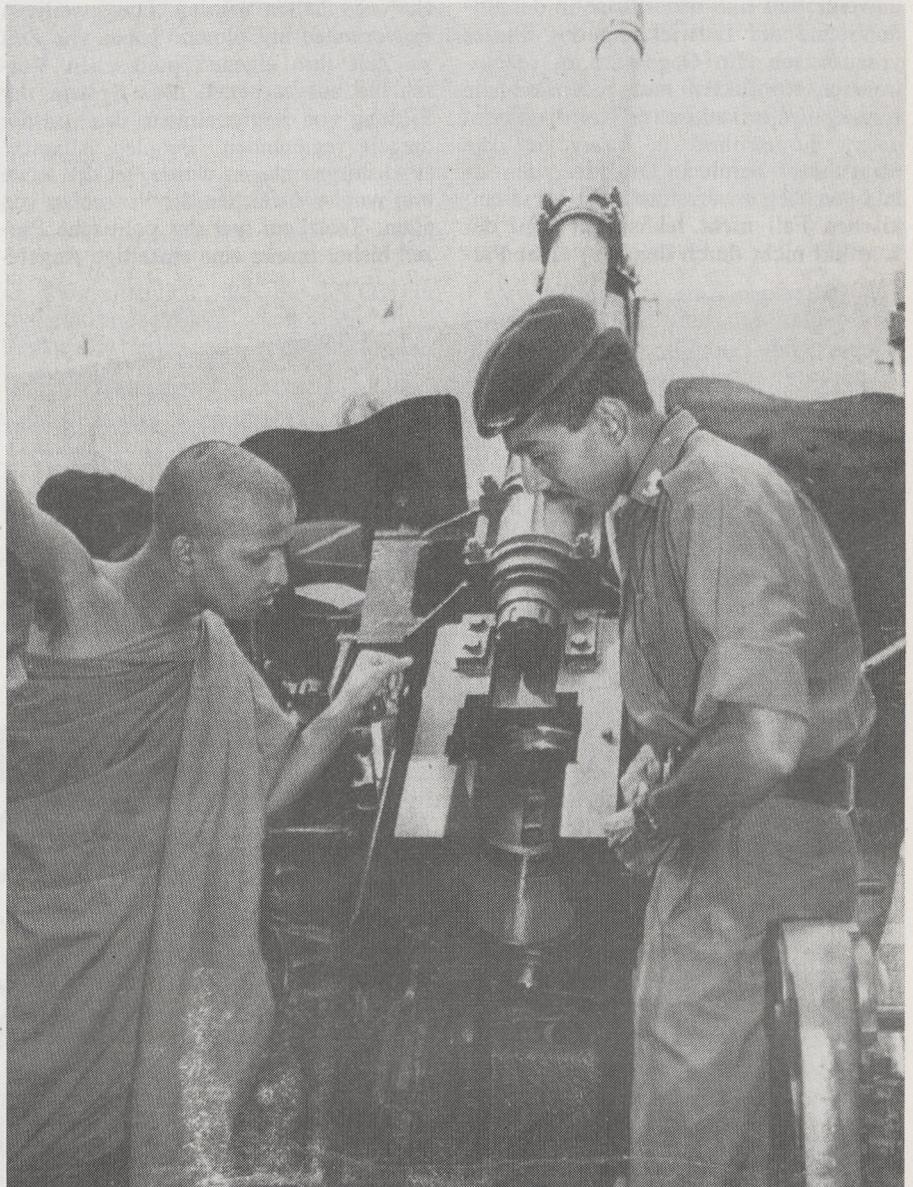
- Die Beendigung des derzeitigen Krieges zwischen dem Staat und seinen Streitkräften und der LTTE durch ein Abkommen zwischen diesen Parteien;
- Ein politisches Abkommen, das eine Machtaufteilung, basierend auf den verschiedenen Ethnien, vorsieht sowie die erfolgreiche Umsetzung eines solchen Abkommens.

Angesichts der derzeitigen Natur des Krieges ist jedoch das Erreichen dieser beiden Ziele enorm schwierig. Nach April 1995 war der Konflikt durch eine unerbittliche Eskalation gekennzeichnet. Gewalt hat nicht nur weitere Gewalt nach sich gezogen, sondern hat auch den Glauben beider Konfliktparteien an einen entscheidenden Erfolg auf dem Schlachtfeld gefördert. Dieser Erfolg sollte die gegnerischen militärischen Fähigkeiten unwirksam machen und könnte einen beachtlichen Einfluß auf die innere politische Logik des Konfliktlösungsprozesses haben: Die offensiven Fähigkeiten im Gleichgewicht zu halten, die Kontrolle über neues bzw. verlorenes Territorium zu erlangen, und dem Gegner den größtmöglichen menschlichen und materiellen Schaden zuzufügen, ist zum unmittelbaren strategischen Ziel beider Parteien geworden. Es gibt derzeit keinerlei Anzeichen, daß der srilankische Staat und die LTTE eine Patt-Situation erreicht haben bzw. diese in der nächsten Zeit erreichen werden.

Eine derartige Interpretation des srilankischen Konfliktes ist verständlicherweise ziemlich verheerend. Ein unbedingter Optimismus über das Errei-

chen eines gegenseitig akzeptierbaren Kompromisses würde jedoch ebenso katastrophal sein. In den Diskussionen über den Konflikt, vor allem unter den Befürwortern des Friedens, bleiben einige Eigenheiten des Krieges häufig unberücksichtigt: Der Konflikt hat sich inzwischen von den Ursachen, die den

Konflikt ursprünglich ausgelöst haben, weit entfernt; vielmehr tragen die Folgen den Konflikt immer weiter. Die Folgen des vierzehnjährigen Krieges sind derart groß, daß einige einflußreiche Kräfte auf sinhalaischer und tamilischer Seite die Fortsetzung des Krieges als weniger dramatisch ansehen als den Versuch,



Der Wille zum Frieden ist oft fragwürdig: Hier läßt sich ein buddhistischer Mönch von einem Soldaten die neueste Waffentechnik erklären (Foto: 'Sunday Times')

eine Lösung zu finden. Die Angst vor einem Kompromiß, der von den direkten und indirekten Konfliktparteien als übel und politisch unmoralisch angesehen wird, ist daher zu einem aktiven psychologischen Faktor in der srilankischen Krise geworden. Diese Situation definiert die Besonderheit und die Problematik der Krise in Sri Lanka.

Hindernisse einer Konfliktlösung

Bewaffnete Konflikte können normalerweise nur schwer aufgelöst werden, ethnische Konflikte innerhalb eines Nationalstaates sind jedoch insbesondere dazu vorherbestimmt, über einen langen Zeitraum zu bestehen. Die gegenwärtigen ethnischen Konflikte sind meist nicht nur durch ethnische Lösungen allein lösbar, sondern sind untrennbar mit der Reorganisation der Machtverteilung im Staat verbunden. Die Lösung der ethnischen Frage in Sri Lanka würde unweigerlich eine neue Phase in der Bildung und der Entwicklung des Staates voraussetzen. Im Gegensatz zu revolutionären Konflikten muß jede rationale Lösung des srilankischen Konfliktes auf einem Kompromiß in bezug auf die Staatsmacht beruhen. Die Idee, den alleinigen Sieg zu erreichen, ist im srilankischen Fall nicht realistisch, weil der Konflikt nicht durch den Sieg einer Par-

tei und der Kapitulation der anderen Partei beendet werden kann.

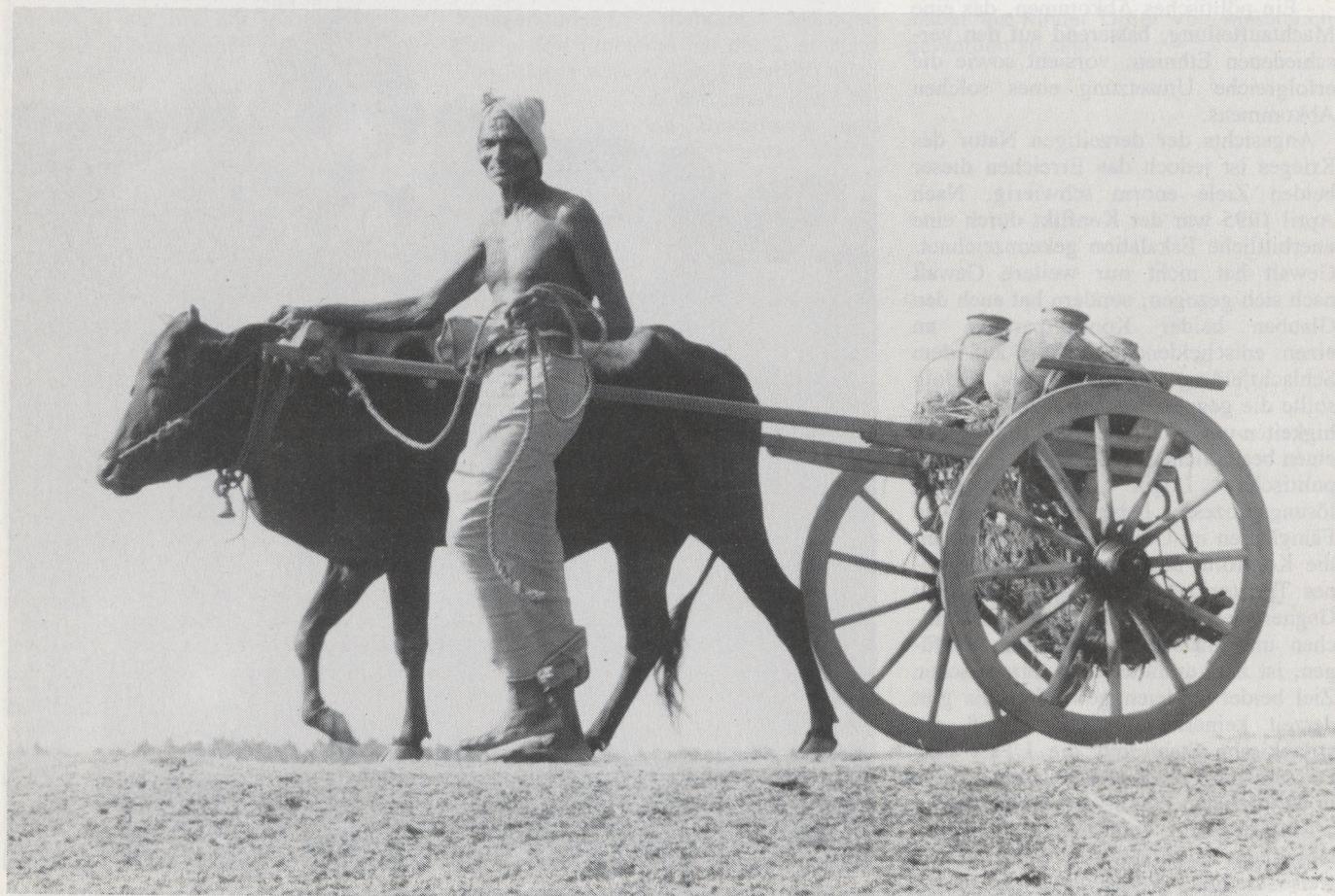
Die größte Herausforderung für einen auf Verhandlungen beruhenden Frieden ist das Überwinden der Hindernisse für eine Konfliktlösung. Einen Frieden zwischen dem Staat und den tamilisch-nationalistischen Rebellen zu erreichen, scheint ebenso schwierig und unrealistisch zu sein, wie die Vorstellung, über eine Trennung der Gebiete zu verhandeln. Derzeit muß konstatiert werden - so bitter und unerfreulich dies auch scheinen mag - daß eine dicke Wolke der Finsternis über den Konflikt gezogen ist. Doch die Geschichte entfaltet sich nicht nur in der Dunkelheit, sondern bietet auch die Chance, eine aufflackernde Kerze heller leuchten zu sehen.

Vorerst aber einige Worte zu dieser momentanen Finsternis: In bezug auf eine politische Lösung gibt es derzeit keinen Dialog zwischen den beiden Seiten, obwohl zwischen 1994/95 "Gespräche" abgehalten wurden. Die jeweiligen Regierungen in Colombo haben von Zeit zu Zeit ihre eigenen politischen Vorschläge ausgearbeitet. Das System der Bildung von Regionalräten, das von der derzeit regierenden 'Peoples Alliance' (PA) vorgeschlagen wurde, ist der letzte und wohl weitreichendste Vorschlag von allen. Trotzdem war der politische Prozeß bisher immer eine einseitige Angele-

genheit, da es bislang keine von der LTTE ausgehenden Antworten oder Vorschläge gegeben hat. Die öffentliche Position der LTTE ist immer gewesen, daß die Alternative eines separaten Staates in Betracht gezogen würde. Die Last, eine derartige Alternative auszuarbeiten, wurde aber immer auf die Regierung Colombos abgewälzt.

Es gibt keine Garantie, daß ein von der PA-Regierung ausgearbeitetes politisches Paket den Ansprüchen der LTTE gerecht wird. Vielmehr würde die LTTE vermutlich ihre Antwort auf drei Argumenten aufbauen, die eine Ablehnung des Pakets aus der Sicht der LTTE rechtfertigen würde:

1. Das Paket setzt ein System von erweiterter Machtaufteilung fest, das in gleicher Weise für alle Provinzen Sri Lankas gilt. Dieses Paket läßt jedoch die ethnische Frage unberücksichtigt und erfüllt daher die legitimen politischen Erwartungen des tamilischen Volkes nicht. Den Vorstellungen der LTTE zufolge sollte eine Konfliktlösung den Status der Tamilen als einer eigenständigen Nation sichern. Diese Idee, die in verfassungsrechtliche Prinzipien übertragen werden sollte, würde im Vergleich zu den sinhalaischen Gebieten der tamilischen Region eine größere politische und administrative Macht zusichern. Diese Idee einer asymmetrischen Machtteilung / ei-



Idylle im Süden...



... Misere im Norden Sri Lankas (Fotos: Walter Keller)

nes Föderalismus würde der Position der LTTE nahekommen.

2. Die im Paket vorgeschlagene Lösung in bezug auf die schwierige Frage der Aufteilung der Regionen in den Nord-Ost-Provinzen führt zu einer Ablehnung seitens aller tamilisch-nationalistischen Parteien. Es ist immer eine konsequente Forderung der militanten sowie parlamentarischen tamilischen Parteien gewesen, daß die derzeitigen nördlichen und östlichen Provinzen auf Dauer als eine tamilische linguistische Einheit vereint werden sollten. Die Regierungsvorschläge fassen die Errichtung einer politischen Einheit für die muslimischen Bevölkerung in den Ostprovinzen ins Auge und sehen den Rückzug der sinhalaischen Mehrheit aus dem Amparai Distrikt im Osten vor. Es ist aber höchst unwahrscheinlich, daß die LTTE ihre bisherige Position über den Ausschluss der Verhandlungen über die Vereinigung der Nord-Ost-Gebiete aufgeben wird.

3. Das Paket ist ein detailliertes verfassungsrechtliches Dokument, das durch seine Aufzählung der Obrigkeiten praktisch keinen eigenen Gestaltungsspielraum für die LTTE läßt. Die LTTE wird daher aus gutem Grund argumentieren, daß das Paket ein einseitiger Vorschlag ist, der bis ins letzte Detail von der Regierung ausgearbeitet wurde. Aus der psychologischen Perspektive einer nationalistischen Guerillaorganisation ist

es wahrscheinlich, daß die LTTE nur ungern eine Lösung akzeptieren wird, die bis ins letzte vom "Feind" ausgearbeitet wurde.

Die militärische Dimension

Der ethnische Konflikt in Sri Lanka hat in den letzten 14 Jahren wiederholt seine Eigenheit bewiesen, nämlich die Fähigkeit zur intensiven, immer wiederkehrenden Eskalation. Obwohl in manchen Augenblicken die Konfliktparteien die Fortsetzung des Krieges scheinbar neu überdenken wollten, folgten diesen "Intervallen" immer wieder neue Kriegsausinandersetzungen, intensiver und mehr Menschenleben kostend als bisher. Der Schluß liegt nahe, daß der militärische Prozeß eine beträchtliche Unabhängigkeit vom politischen Prozeß angenommen hat. Die beiden Seiten haben sogar in der Phase substantieller militärischer Verluste in menschlicher wie auch materieller Hinsicht eine enorme Elastizität gezeigt. In militärischer Hinsicht hat der Konflikt offensichtlich noch immer nicht die Sättigungsphase erreicht, obwohl der politische Prozeß in Gefahr läuft, dieses Stadium zu erreichen.

Das herausforderndste Ziel eines Friedensabkommens in Sri Lanka ist die Beendigung oder zumindest die De-Eskalation des militärischen Konflikts, der durch die enorme Fähigkeit zur eigenen

Reproduktion gekennzeichnet ist. Die Erfahrungen zeigen, daß eine vorübergehende Beendigung von Feindseligkeiten zwar zu einem bestimmten Grad wirkungsvoll war, aber auch immer prinzipiell fragil: Nach der Wiederaufnahme von Kampfhandlungen kam es immer wieder zu einem totalen Zusammenbruch der Kommunikation zwischen den beiden Parteien. In solchen Momenten sind beide Parteien trotz ihrer politischen Rhetorik, Gespräche wieder aufzunehmen, zum Primat der militärischen Aktion zurückgekehrt, das den politischen Prozeß geformt hat.

Herausforderungen für den politischen Prozeß

Wie bereits erwähnt, ist der srilankische Konflikt in einer Phase, in der beide Parteien das Ergebnis der militärischen Operationen abwarten bevor sie sichtbare Schritte hin zu politischen Verhandlungen unternehmen. In früheren Konfliktphasen haben beide Parteien Verhandlungen aus einer Position der militärischen Stärke geführt. Das bedeutete, daß jede Partei das Eingehen auf Verhandlungen als ein Eingeständnis der eigenen militärischen Schwäche angesehen hat. Diese Prämisse der militärischen Stärke beinhaltete aber auch die Fähigkeit einer Partei, einen derartigen militärischen Coup zu landen, daß die

Gegenseite keine andere Wahl hatte, als zum Verhandlungstisch zurückzukehren. Doch die Rechnung ist trotz aller Widerstände nie aufgegangen und beide Parteien erlitten schmerzhaft Verluste. Trotzdem sind beide Parteien fähig, sich von den Rückschlägen am Schlachtfeld schnell zu erholen. Dementsprechend schwierig ist es, sich vorzustellen, daß eine Partei den militärischen Sieg über die andere in solch einer Weise erreichen kann, so daß der politische Prozeß der militärischen Option vorgezogen wird.

Wenn wir annehmen, daß sich die Bedingungen zugunsten politischer Verhandlungen ändern würden, dann stellt sich die Frage nach den Rahmenbedingungen eines Abkommens, die für beide Parteien einen positiven Beginn auf der Suche nach einer gemeinsamen Basis darstellen würden. Nach dem heutigen Stand der Dinge ist das keine leichte Aufgabe, zumal beide Parteien widersprüchliche politische Ziele verfolgen. Für die LTTE müßte ein akzeptables, politisches Abkommen in ein konföderales Ergebnis münden, das die Nord- und Ostgebiete umfaßt. Die Machtaufteilung in anderen, von Sinhalesen dominierten, Provinzen wäre für die LTTE nicht weiter von Bedeutung. Die LTTE würde wohl in einem solchen konföderalen Abkommen auf eine getrennte Gesetzgebung im Norden und Osten pochen, damit ihr nationales Ideal einer politisch autonomen tamilischen Nation konkretisiert wird. Es ist aber extrem schwierig, sich die Bedingungen vorzustellen, unter denen die Regierung in Colombo einem solchen Vorschlag zustimmen könnte. Außerdem wäre ein derartiges Abkommen wahrscheinlich auch für die Mehrheit der sinhalesischen Bevölkerung nicht akzeptabel. Die Regierung in Colombo könnte einem konföderalen Abkommen nur auf Kosten größerer politischer Instabilität im Süden und vermutlich auf Kosten ihres eigenen Unterganges zustimmen.

Daher ist eine Lösung, die für die tamilisch-nationalistischen Kräfte akzeptabel ist, nicht unbedingt für die sinhalesisch-nationalistischen akzeptabel. Dies begründet das Dilemma, dem sich die Befürworter des Friedens in Sri Lanka stellen müssen und das eine weitere Dimension der srilankischen Krise offenbart: Eine Konfliktlösung und Friedensstiftung in einem intensiven ethnischen Konflikt innerhalb eines Nationalstaates durch einen Kompromiß zu erreichen, ist ungleich schwieriger und komplexer als bei auf Klassenkämpfen basierenden politischen Konflikten.

Es ist nun an der Zeit, einige der Schwierigkeiten, die einem Kompromiß zugrunde liegen, aufzuzeigen. Nationalisten seitens der Minderheit und der Mehrheit im Land sind auf einen Kom-

promiß nur unzureichend vorbereitet: Das maximale unmittelbare politische Ziel einer extrem-nationalistischen Minderheit ist normalerweise ein eigener Staat, wie im Fall der LTTE. Das ruft typischerweise leidenschaftlichen Widerstand seitens der Nationalisten auf Seiten der Mehrheitsbevölkerung hervor. Minderheitlicher Nationalismus provoziert extreme Reaktionen des Staates, weil keine herrschende Klasse eine Zerstückelung des von ihr beherrschten Staates tolerieren kann. Das macht einen Kompromiß doppelt schwierig

Die unvollständige Hinwendung zu einem Kompromiß

Die Entwicklungen seit 1987 weisen auf eine Annäherung zu einer Kompromißlösung hin, obwohl bisher keine bleibenden Erfolge erzielt werden konnten. Diese Annäherung und dieser Wandel zeichnet sich auf drei Ebenen ab:

Erstens, erfährt der tamilische Nationalismus einen signifikanten inneren Wandel: Einige militante tamilische Gruppen haben begonnen, die politischen Zielsetzungen des tamilischen Nationalismus in föderaler Weise neu zu definieren. Dabei zeichnet sich ein Rückzug von der ursprünglichen Position eines getrennten Staates ab, was zur Folge hat, daß die LTTE als einzige nationalistische tamilische Kraft für einen getrennten Staat kämpft. Nichtsdestotrotz darf die Bedeutung dieses Wandels nicht überschätzt werden, da die LTTE großen Einfluß auf die Sri Lanka Tamilen in Sri Lanka und im Ausland hat.

Zweitens bezieht sich der Wandel auf den Spielraum für politische und verfassungsrechtliche Reformen, der sich innerhalb des srilankischen Staates eröffnet hat und der vom ursprünglichen "Einheitsstaatsmodell" wegführt. Während der politischen und diplomatischen Intervention Indiens zwischen 1987 und 1990 wurde die herrschende sinhalesische Klasse bzw. Teile davon dazu gezwungen, den politischen Forderungen der Tamilen nachzugeben, indem die politischen Strukturen in einem Idiom der Machtteilung reformiert wurden. Dadurch hat der Staat seine Kapazitäten für weitere politische Reformen gezeigt, auch wenn diese durch die politische Dynamik der sinhalesischen Gesellschaft eingeschränkt werden.

Drittens, erfolgte die Annäherung durch die Änderung der internationalen öffentlichen Meinung zugunsten eines auf Verhandlungen beruhenden Kompromisses. Es ist ziemlich unwahrscheinlich, daß die internationale Gemeinschaft das Entstehen eines neuen Staates in Sri Lanka unterstützen würde. Ihrer Meinung nach sollten Regierung und LTTE zusammenarbeiten, um ein

auf Verhandlungen basierendes Abkommen zu erreichen.

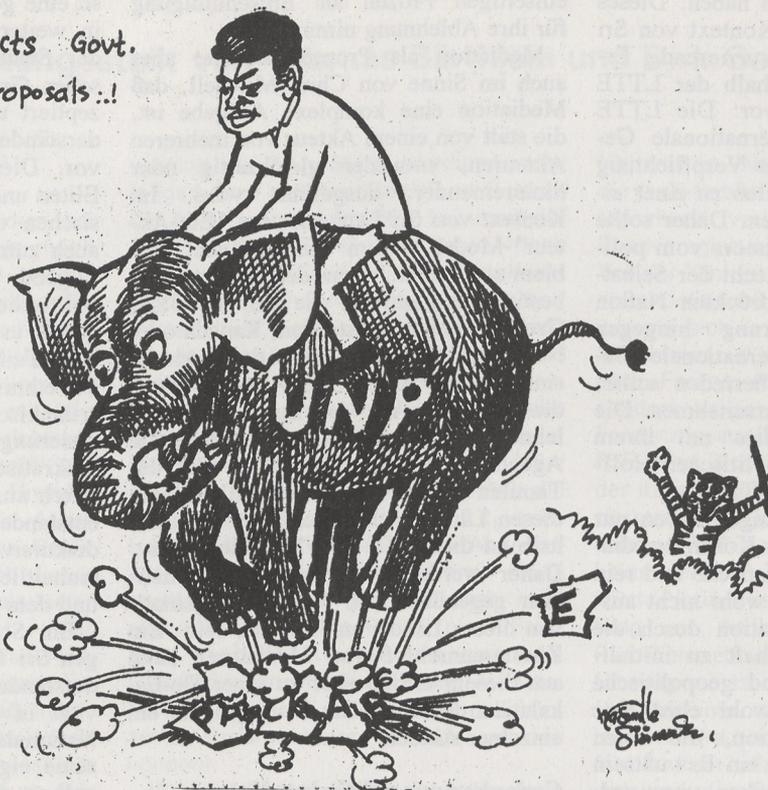
Die altmodische politische Strategie der LTTE, sich ausschließlich auf militärische Mittel zu verlassen, hatte negative Auswirkungen und reduzierte den Spielraum der internationalen Gemeinschaft gegenüber der LTTE. Diese Tatsache und die Bereitschaft der Regierung, weitere Reformen in Betracht zu ziehen, hat die Unterstützung und die Sympathie der internationalen Gemeinschaft gewonnen. Die Auswirkungen können jedoch widersprüchlich sein: Einerseits könnte die LTTE durch den internationalen Druck und durch die Isolation zu einem Kompromiß gezwungen werden, andererseits könnte die LTTE aufgrund dieses Druckes und der Isolation auch einen Kompromiß total ablehnen.

Internationale Mediation: Durchführbarkeit und Probleme

Es ist wohl ein Schrei der Verzweiflung, daß in einem bewaffneten Konflikt zu einem auf Verhandlungen basierenden Abkommen aufgerufen wird. Doch der Ruf nach Mediation hat neben dem Wunsch nach einem Abkommen noch andere Auswirkungen: Da Konfliktlösungsmodelle im realen Leben in ihrer reinen Form nur selten anwendbar sind, könnte eine Konfliktpartei versuchen, den Lauf des Konflikts durch den Ruf nach internationaler Vermittlung zu verändern. Die Begründung oder das Zurückgewinnen der internationalen Legitimität kann sehr wohl politisches Ziel eines solchen Rufes sein. Den auf dem Schlachtfeld verlorenen Grund durch eine vorübergehende Atempause wiederzufinden, kann eine weitere kurzfristige Zielsetzung sein. Auf der Liste der kurzfristigen politischen Ziele eines Rufes nach Mediation kann auch die Unterminderung der Legitimität der Propagandamaschinerie des Gegners stehen, z.B. indem Partei A von Partei B behauptet, daß B sich gegen eine friedvolle Lösung des Konflikts ausspricht. Diese drei "theoretischen" Gründe für eine Konfliktmediation sind im Kontext von Sri Lanka gegenwärtig.

Für jeden grundlegenden Friedensprozeß ist es daher notwendig, eine klare Unterscheidung zwischen (1) Mediation, (2) Aufrufe zur Mediation und (3) vermitteltes Abkommen zu treffen. Mediation an und für sich ist nicht unbedingt Resultat eines Friedensabkommens, außer die Konfliktparteien arbeiten auf eine echte Konfliktlösung hin. Mediation, die nicht zu einem Abkommen führt, ist immer nahe der Manipulation und des Mißbrauchs und kann sogar die verschiedenen Dimensionen des Konflikts wieder eskalieren lassen. Befürwortern

UNP rejects Govt.
Peace proposals..!



So sieht der Karikaturist des 'Midweek Mirror' die gegenwärtige Position der größten Oppositionspartei UNP

der Mediation sollten daher im Kontext von Sri Lanka eine wichtige Vorsichtsmaßnahme lernen: Die Konfliktparteien operieren auf einer hohen egozentrischen Moralmatrix. Sie sind nicht "leichte Fische", sondern harte und berechnende Verhandlungspartner. Diese einfache Erkenntnis macht Mediation zu einer unendlich komplexen Aufgabe.

Internationale Mediation und die gemeinsame Verhandlungsbasis

Internationale Mediation als Strategie der Konfliktlösung beruht auf einer wichtigen Vermutung, nämlich dem eventuellen Wunsch der Konfliktparteien, eine gemeinsame Basis zu finden, die durch eine dritte Partei ausgearbeitet wird. Ein strategischer Fehler bezieht sich auf die Annahme, daß ein Mediator die Konfliktparteien bei der Hand nimmt und sie zu einer gemeinsamen Basis führen kann. Der Mediator kann die Parteien vielleicht andeutungsweise in Richtung einer gemeinsamen Basis lenken, aber nur wenn die Konfliktparteien den Wunsch und den politischen Willen haben, eine gemeinsame Basis zu finden. Das setzt jedoch eine signifikante Änderung der Dynamik des Konflikts und die

Realisierung der gemeinsamen Basis als politische Notwendigkeit voraus.

Das Finden einer gemeinsamen Verhandlungsbasis zwischen zwei Gegnern, die sich bisher in einer Phase des intensiven Konflikts und der widersprüchlichen Zielsetzungen befunden haben, würde eine Änderung ihrer ursprünglichen Positionen bedeuten. Eine solche Änderung kann aber von außen nicht aufgedrängt werden. Eine bedeutungsvolle, dauernde und glaubwürdige Änderung der Positionen muß eine rationale Entscheidung für einen Kompromiß beinhalten. Eine gemeinsame Verhandlungsbasis zwischen zwei Gegnern ist per Definition die rationale Entscheidung für einen Kompromiß. Der gemeinsame Nenner einer Verhandlungsbasis besteht darin, die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit dem Feind anzuerkennen. Dadurch kann ein gegenseitig akzeptables bzw. ein neues Ergebnis, das von den ursprünglichen Positionen abweicht, gesucht und gefunden werden. Das bedeutet zugleich die "Anerkennung des Feindes als potentiellen Verbündeten".

Befürworter der Mediation in Sri Lanka glauben häufig, daß eine Mediation durch eine dritte Partei den Konflikt

schnell und dramatisch beenden kann. Trotz der Sympathie für diese Annahme muß das darin liegende idealistische Unterfangen beachtet werden: Mediation ist keine chirurgische Intervention, wie es eine militärische Intervention sein könnte. Mediation ist vielmehr eine Phase der Transformation innerhalb des Konflikts und sollte nicht von den subjektiven Wünschen seiner Opfer oder Zuschauer abhängen. Statt dessen ist notwendig, daß der Konflikt selbst die Dynamik der Transformation produziert hat. Wenn es diese transformatorische Dynamik gibt, dann kann Mediation einen produktiven Platz einnehmen.

Mediation ist ein Prozeß

Es ist nun an der Zeit, die Frage der Motivation zu stellen: Warum sollte sich ein Mediator in einen scheinbar hoffnungslosen Konflikt einmischen, um diesen zu beenden? Was sind die Motive des Mediators für eine Konfliktlösung? Hätte ein Mediator den Vorsatz, die Entschlossenheit und den Willen, Rückfälle, Frustrationen und Enttäuschungen in einem unbestimmten und mühsamen Prozeß der Vereinigung zweier Konfliktparteien zu erleiden?

Befürworter der Mediation sprechen häufig die Meinung aus, daß außenstehende dritte Parteien ein altruistisches Motiv für ihre Mediation haben. Dieses altruistische Modell im Kontext von Sri Lanka ruft jedoch konkurrierende Erwartungshaltungen innerhalb der LTTE und der Regierung hervor: Die LTTE nimmt an, daß die internationale Gemeinschaft die moralische Verpflichtung hat, den Sri Lanka Tamilen zu einer eigenen Nation zu verhelfen. Daher sollte die Motivation des Mediators vom politischen Willen auf das Recht der Selbstbestimmung einer unterdrückten Nation ausgehen. Die Regierung hingegen nimmt an, daß die internationale Gemeinschaft die LTTE überreden sollte, das politische Angebot anzunehmen. Die Regierung begründet dies mit ihrem ehrlichen Versuch, die politischen Hoffnungen der Tamilen zu erfüllen.

Diese Erwartungshaltungen haben nur wenig Relevanz für eine Konfliktmediation in Sri Lanka. Altruistische und rein humanitäre Motive sind wohl nicht ausreichend, um die Mediation durch die internationale Gemeinschaft zu initiieren. Ökonomische und geopolitische Überlegungen spielen wohl eher eine Rolle in einer Mediation, die einen langatmigen Willen und ein Bewußtsein für die involvierten Risiken voraussetzen.

Ist aber Sri Lanka als Land attraktiv genug, um internationale Mediatoren anzuziehen? Mediation als Strategie zur Lösung von internen bewaffneten Konflikten schließt meist die Annahme mit ein, daß der Mediator (1) ein Außenstehender und (2) ein einflußreicher Staat sein muß. Gelegentlich kommt auch die Idee von einer Staatengemeinschaft, wie z.B. SAARC ('South Asian Association for Regional Cooperation') oder dem Commonwealth, als Mediator auf. Mehrere Länder haben bereits ihre Dienste als Mediator in Sri Lanka angeboten. Die Identifikation und die Auswahl eines Vermittlers ist jedoch sehr komplex, vor allem weil eine Konfliktpartei den Mediator als parteiisch gegenüber dem Gegner ansehen kann bzw. die gegnerischen Einflußmöglichkeiten in Betracht gezogen werden müssen. 1995, als die srilankische Regierung die Dienste eines französischen Mediators in einer Zeit der Krise zwischen der Regierung und LTTE in Anspruch genommen hat, wurden genau diese Vorwürfe gegenüber dem Mediator erhoben. Abgesehen vom ungünstigen Zeitpunkt der Mediation lehnte die LTTE den französischen Mediator als gegenüber der Regierung parteiisch ab. Die LTTE argumentierte unter anderem, daß der Auswahlprozeß eines Mediators beide Konfliktparteien involvieren sollte. In der Tat ist dieser Auswahlprozeß von entscheidender Bedeu-

tung: Wenn er einen Spielraum für Einwürfe läßt, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß eine Konfliktpartei diesen einseitigen Prozeß als Entschuldigung für ihre Ablehnung nimmt.

Mediation als Prozeß bedeutet aber auch im Sinne von Chris Mitchell, daß Mediation eine komplexe Aufgabe ist, die statt von einem Akteur von mehreren Akteuren, entweder gleichzeitig oder hintereinander, ausgeführt wird. Im Kontext von Sri Lanka ist das "Ein-Akteur"-Modell einem einzigartigen Problem ausgesetzt. Wenn der Mediator ein bestimmtes Land ist, wie z.B. die USA, Großbritannien, Australien, Kanada oder Norwegen, dann werden nationalistische sinhalesische Kräfte die Auswahl eines dieser Länder mit der Begründung ablehnen, daß diese Länder eine versteckte Agenda zugunsten der LTTE oder der Tamilen haben. Viele Tamilen leben in diesen Ländern als Flüchtlinge und deshalb ist die LTTE dort besonders aktiv. Daher werden sinhalesische Nationalisten gegenüber den Verhandlungsmotiven dieser Länder mißtrauisch sein. Ein Zusammenschluß von Mediatoren kann aus diesem Grund eher zu einer De-Eskalation des Konflikts beitragen als ein einzelner Akteur.

Gedanken zur politischen Kultur

Eine politische Kultur entsteht nur in Verbindung mit den gesellschaftlich gefühlten Krisenerfahrungen. Seit Beginn der 80er Jahre haben sich die täglichen Erfahrungen in Sri Lanka auf Gewalt, Zerstörung, Haß und auf moralische Verpflichtungen gegenüber dem Feind bezogen. In der derzeitigen srilankischen Gesellschaft ist ein untragbares Gefühl der Unsicherheit und Angst vorherrschend, das sich in Gewalt und Angst vor Gewalt manifestiert. Diese Gewalt macht Sri Lanka zu einer 'anormalen' Gesellschaft: Es ist eine Gesellschaft, die von einer Bombenneurose heimgesucht ist; es ist eine Gesellschaft, in der Vernunft und rationale Urteile in der ethnischen Politik den Weg für die Politik der Angst geebnet hat. Wenn extremistische Positionen einer kleinen Gruppe von Leuten die Schlagzeilen der Zeitungen dominieren können, wenn moderate Positionen lächerlich gemacht und verdammt werden, dann gibt es keinen Gradmesser mehr für das Ausmaß mit dem die Grundlagen der demokratischen politischen Kultur ausgeschaltet wurden.

Ich habe in diesem Aufsatz argumentiert, daß in Sri Lanka der Wiederaufbau des Staates und seine strukturelle Veränderung eine Notwendigkeit zur Konfliktlösung ist. Idealerweise würde das eine zukünftige politische Vision über eine ethnisch heterogene politische Assoziation namens Staat einschließen.

Diese Vision müßte von allen drei ethnischen Hauptgruppen, Sinhalesen, Tamilen und Muslimen, geteilt werden. Doch so eine gemeinsame Vision scheint noch in weiter Ferne. Die Idee der Teilung der Staatsmacht wird von allen ethnischen Gruppierungen am wenigsten akzeptiert und ruft auch die meisten Widerstände in der Politik Sri Lankas hervor. Dieser Widerstand wird von den Eliten und den ethnopolitischen (sinhalesischen und tamilischen) Kadern, aber auch zum Teil von der Bevölkerung als Tugend betrachtet. Die demokratische politische Kultur, mit welcher Sri Lanka gerne assoziiert wird, schließt jedoch eine Teilung der Staatsmacht aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit aus. In der srilankischen Gesellschaft ist die Indigenisierung und Domesticierung der demokratischen Institutionen und Praktiken durch ausschließlich sektorale Interessen entstanden. Das entspricht auch dem diskursiven 'raison d'etre' der Vereinheitlichung der Mehrheit im Land und dem Separatismus der Minderheit.

Ein Schlüsselproblem im gegenwärtigen Sri Lanka ist das Fehlen eines Widerstandes gegen die ethnische Exklusivität in der Politik. Der postkoloniale Nationalstaat hat alle Widerstände auf seine eigene Art zerstört. Der Wiederaufbau dieser Widerstände schließt unweigerlich den Aufbau einer neuen politischen Kultur, die die Ethnizität in der Politik akzeptiert und transzendiert, mit ein. Einziges Problem ist die Tatsache, daß es keine politische Ideologie gibt, die historisch fähig wäre, eine solche Vision zu liefern. Im Fall von Sri Lanka gibt es nur zwei ideologische Richtungen, die eine konzeptionelle Grundlage für eine nicht auf Ethnizität beruhende politische Ordnung liefern kann: Marxismus und liberaler Humanismus. Doch mit dem historischen Verfall des Marxismus und des liberalen Humanismus wurde Sri Lankas Problem unendlich komplex: Wir haben keine theoretischen Kategorien, um die zukünftige Politik zu visualisieren. In dieser historisch mißlichen Lage kann Sri Lanka den Trost finden, daß es nicht alleine ist. Das Bewußtsein darüber führt uns hoffentlich zu unserer nächsten Aufgabe: Die Ablösung der gegenwärtigen historischen Form des Nationalstaates durch Vorstellungen über eine neue Form der politischen Assoziation. Das ist die wahre Aufgabe des Wiederaufbaus.

(Der Autor lehrt Politikwissenschaften an der Universität von Colombo und ist Mitherausgeber der Zeitschrift 'Pravada'. Übersetzung: Michaela Told)